

# QUARTALSBERICHT

**Projektland: Ungarn**

**Quartal/Jahr: II/2011**

## SCHLAGZEILEN

1. **Die ungarische EU Ratspräsidentschaft**
2. **Ein Jahr Regierung Viktor Orbán**
3. **Ungarisch-Chinesische Beziehungen**
4. **Orbán als Vorsitzender von FIDESZ bestätigt**

### 1. Die ungarische EU-Ratspräsidentschaft

Am 30. Juni übergab Premierminister Viktor Orbán den Stab an seinen polnischen Amtskollegen. Damit wechselt die EU-Ratspräsidentschaft nahtlos von einem Mitglied der Erweiterungsrunde 2004 zum anderen. Symbolisch überreichte Orbán ein Fass Tokajer Wein und bekam von Donald Tusk einen polnischen Säbel geschenkt. "Wir sind sicher, dass die polnische Präsidentschaft sehr erfolgreich sein wird" sagte Orbán und betonte "Polen gab uns den Papst, Polen gab uns Solidarität. Ohne sie hätten wir uns nicht vom Kommunismus befreien können." Die ungarische Regierung wie auch Viktor Orbán wurden während der vergangenen sechs Monate oftmals angegriffen und nicht immer blieb man bei den Angriffen sachlich und fair. Und dennoch hat es Ungarn geschafft, am Ende alle seine Kernziele erfolgreich erreicht zu haben. Noch zu Beginn der Ratspräsidentschaft im Januar wollte niemand etwas von den Inhalten wissen, da die Presse das neue Mediengesetz kritisierte und dies sogar, ohne den genauen Wortlaut zu kennen. In der Rückschau kann man heute sogar beweisen, dass die in den großen Tageszeitungen West- und Mitteleuropas groß dargestellten landesweiten Demonstrationen gegen das Mediengesetz viel kleiner waren und nicht wie behauptet, die gesamte Bevölkerung erfassten. Im Gegenteil, die Ungarn waren zu jener Zeit mit ganz anderen Dingen beschäftigt und mussten sich um ihr Auskommen in Zeiten der Wirtschaftskrise kümmern. Viele Ungarn hatten zum Beispiel in den letzten Jahren ihre Wohnungskredite in Schweizer Franken aufgenommen, da die Zinsen niedriger als für den ungarischen Forint waren. Mit fallendem Kurs des Forint in den vergangenen Jahren wurden die Kredite immer teurer und damit zur Bedrohung der Existenz. Kaum war der Sturm der Entrüstung abgeebbt, wurde die Ende April verabschiedete neue ungarische Verfassung als zu national und überchristlich angegriffen. Und wieder wurde die ungarische EU-Ratspräsidentschaft nur am Rande erwähnt. Jedoch hielt sich

die Kritik diesmal eher in Grenzen, da die ungarische Regierung den Text der Verfassung viel früher in andere Sprachen übersetzen lies und vor allem Exempel aus anderen Verfassungen anführte, so zum Beispiel für den Gottesbezug. Allen Anfeindungen zum Trotz kann Ungarn am Ende der Ratspräsidentschaft auf eine hervorragende Bilanz verweisen. Neben der Donaustrategie, die den rund 115 Millionen Menschen in den 14 Anrainer- und Einzugsstaaten ein besseres Leben durch Förderung des Tourismus und Verbesserung der Schiffbarkeit der Donau beschern soll, wurde das fast unmögliche erreicht, der Abschluss der Beitrittsverhandlungen Kroatiens zur Europäischen Union. Noch vor zwei Monaten hätte niemand auf einen erfolgreichen Ausgang gesetzt. Letztlich ist es Ungarn gelungen, die Kroaten anzuhalten, das historische Zeitfenster nicht zu verpassen und doch noch alle 35 Kapitel zu behandeln. Zwar wurden nicht alle Bereiche bis Ende Juni abgeschlossen, aber gerade deswegen ist Ungarns Erfolg als umso größer anzusehen, da trotz noch offener Einzelpunkte alle Kapitel als verhandelt betrachtet werden. Deutschland wird Kroatien im Rahmen des Monitoring bezüglich der vier Kapitel, darunter Haushaltsrecht und Justiz, begleiten bis es 2013 als 28. Mitglied in die EU aufgenommen werden kann. Zwei weitere Ergebnisse der ungarischen Ratspräsidentschaft sind die Romastrategie und die Reform des Stabilitätspakts. Die Romastrategie soll erreichen, dass die Situation der ca. zwölf Millionen Roma, die in Staaten der EU leben, nachhaltig durch Zugang zu Bildung und Schaffung neuer Arbeitsplätze verbessert wird. Beim Stabilitätspakt setzte sich gerade Ungarn, das nicht zur Eurozone gehört, massiv für die Rettung der Gemeinschaftswährung ein. Mit dem sog. Europäischen Semester wurde ein Instrument geschaffen, mit dem die Kommission künftig früher auf die Fiskalpolitik der Mitgliedsstaaten einwirken kann. Unter ungarischer Ägide haben sich die EU-Mitgliedsstaaten verpflichtet, bis 2014 einen gemeinsamen Energiemarkt zu schaffen, dem angesichts des deutschen Ausstiegs aus der Kernenergie besondere Bedeutung zukommt. Die Erweiterung des Schengenraums um Bulgarien und Rumänien konnte nicht verwirklicht werden, hier verweigerten besonders Deutschland und Frankreich ihre Zustimmung.

## **2. Ein Jahr Regierung Viktor Orbán**

Spätestens am Abend des 25. April 2010 war klar, dass der künftige Ministerpräsident Viktor Orbán heißen würde. Der erdrutschartige Sieg des Wahlbündnisses von FIDESZ und christdemokratischer KDNP war schon nach der ersten Runde am 11. April erkennbar geworden. Mit über 263 von 386 Abgeordneten im Parlament hat Orbán die verfassungsändernde Mehrheit durch den Souverän erhalten. Am 29. Mai wurde er denn zum zweiten Mal in seinem Leben zum Ministerpräsidenten gewählt. Danach begann der neue Regierungschef nicht nur seine Wahlversprechen einzulösen, sondern auch gleich den Staat und seine Institutionen umzubauen. Exakt einen Monat später wurde mit der Wahl von Pál Schmitt der regierungsnaher Kandidat neuer Staatspräsident Ungarns. Mit dem neuen Staatsbürgerschaftsrecht, das die Staatsbürgerschaft auch für Ungarn im Ausland vorsieht, geriet Ungarn in Konflikt mit der Slowakei, das mit einem Patriotismusgesetz und einer weiteren Einschränkung der Minderheitensprachen konterte. Innenpolitisch konnte sich die Regierung lange Zeit auf der Welle der Empörung angesichts der vernichtenden Bilanz der acht Jahre

währenden Regierung der sozialistischen MSZP behaupten. Meinungsumfragen sehen zwar die Regierungskoalition immer noch klar über der absoluten Mehrheit, allerdings hat FIDESZ je nach Umfrage acht bis zehn Prozentpunkte gegenüber dem Wahltag eingebüßt. Die MSZP allerdings kann nicht davon profitieren, eher noch die ungarischen Grünen. Die Rentenreform verlief relativ geräuscharm, obwohl den Bürgern durch die Verstaatlichung der privaten Rentensäule ca. 13 Mrd. € genommen und zur Deckung der staatlichen Rentenausgaben verwendet wurden. Bei der Fremdwährungskreditkrise (hauptsächlich in Schweizer Franken, da viele Wohnungseigentümer ihre Kredite nicht mehr bedienen können) wurden staatliche Unterstützungen in Aussicht gestellt, die von der Größe der Wohnung abhängen. Wirtschaftspolitisch geriet Ungarn in Verruf, da es als erstes Land in der EU eine Bankensteuer einführte. Ungarn blieb ohnehin von der großen Bankenkrise weitgehend verschont, da die meisten Banken in Ungarn in ausländischem Besitz sind. Trotz aller Empfehlungen hat sich Ungarn vom IWF getrennt und seine Verschuldung durch Sparmaßnahmen zu bekämpfen begonnen. Die Regierung beschloss im zweiten Halbjahr 2010 eine Reihe von Maßnahmen: ein proportionales Steuersystem (ähnlich dem Deutschen mit einer Progression), einen neuen Haushalt nach dem Grundsatz "Wachstum plus Arbeit ergibt finanzielles Gleichgewicht" und die drastische Senkung der Neuverschuldung. Die Ergebnisse sind bislang zwar nicht überall sichtbar, so ist die Arbeitslosigkeit noch nicht spürbar zurück gegangen. Beim Haushaltsdefizit nimmt Ungarn im Vergleich mit den anderen 26 EU-Mitgliedsländern Platz acht ein. Der Forint ist mit ca. 263 HUF für einen Euro relativ stabil. Außenpolitisch ist ganz klar die eben erst erfolgreich zu Ende gegangene EU-Ratspräsidentschaft ein Zeichen, dass Ungarn seinen Platz in Europa nicht nur gefunden, sondern auch zu behaupten weiß. Das erste Jahr der Regierung Viktor Orbán hat gezeigt, dass Ungarn zu mehr in der Lage ist als man es ihm zugetraut hat. Die kommenden zwei bis drei Jahre werden entscheidend sein, ob es Orbán gelingt, die sozialpolitischen Herausforderungen (z.B. des demographischen Wandels, Arbeitslosigkeit, Abwanderung ins Ausland) zu meistern und das Wirtschaftswachstum wieder zu steigern.

### **3. Ungarisch-Chinesische Beziehungen**

Bei seiner Europareise machte der chinesische Premierminister Wen Jiabao auch Station in Ungarn. Wenige Tage vor dem Ende der EU-Ratspräsidentschaft besuchte der ungarische Regierungschef seinen Amtskollegen in Budapest. Dabei betonte Premierminister Orbán stolz, dass Deutschland zwar der Motor der EU sei, aber Ungarn für China das Tor wäre. Jiabao, der von rund 300 chinesischen Geschäftsleuten begleitet wurde, sagte zu, dass China ungarische Staatsanleihen kaufen werde, um Ungarn bei seiner Schuldenbekämpfung zu unterstützen. Weiterhin sagte er zu, dass die chinesische Entwicklungsbank Investitionen in Höhe von einer Milliarde Euro tätigen wird. Konkret ging es bereits um die Errichtung von Produktionsstätten und Logistikzentren für den weiteren Handel mit EU-Ländern. Beide Regierungschefs, die eine Zwölfpunktevereinbarung unterzeichneten, möchten das Handelsvolumen beider Länder in den kommenden Jahren auf 20 Mrd. Euro verdoppeln. Orbán bezeichnete China als strategischen Partner und das chinesische Engagement mit historischer Größenordnung als Garantie für die Sicherung der ungarischen Staatsfinanzen. In

Ungarn und vor allem in Budapest, wo sie ganze Märkte mit Waren aus China betreiben, leben seit Jahrzehnten mehrere Zehntausend Chinesen, die noch zu Zeiten des Kommunismus nach Ungarn kamen. Heute geht man von ca. 30.000 aus, die zum Teil ungarische Staatsbürger und somit EU-Bürger sind.

#### **4. Orbán als Vorsitzender von FIDESZ bestätigt**

Ein Jahr ungarische Regierung Orbán II, eine erfolgreiche EU-Ratspräsidentschaft und die Konsolidierung von Wirtschaft und Finanzen waren Kernthemen auf dem Parteitag des Bundes Junger Demokraten FIDESZ (Fiatal Demokraták Szövetsége) am 3. Juli in Budapest. In seiner Rede betonte der Parteichef, dass sich Ungarn immer noch im Krieg mit der Staatsverschuldung und der Arbeitslosigkeit befindet. Er hob stolz hervor, dass er trotz der heftigen Kritik aus dem Ausland an Ungarn und seiner Politik nicht eingeknickt sei und wirtschaftspolitisch nicht den griechischen Weg gegangen ist. Von 1.472 Delegierten stimmten 1.468 für eine Wiederwahl von Viktor Orbán als Parteichef von FIDESZ.

#### **Ulrich Kleppmann**

Der Autor ist Leiter der Vertretung der Hanns-Seidel-Stiftung in Budapest, Ungarn.

#### **IMPRESSUM**

Erstellt: 05.07.2011

Herausgeber: Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Copyright 2011

Lazarettstr. 33, 80636 München

Vorsitzender: Dr. h.c. mult. Hans Zehetmair, Staatsminister a.D., Senator E.h.

Hauptgeschäftsführer: Dr. Peter Witterauf

Verantwortlich: Christian J. Hegemer, Leiter des Instituts für Internationale Zusammenarbeit

Tel. +49 (0)89 1258-0 | Fax -359

E-Mail: [ijz@hss.de](mailto:ijz@hss.de) | [www.hss.de](http://www.hss.de)